

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Der Kampf der Eisenbahner. Gegen den Raubbau an der Arbeitskraft.

Berlin und Einzelanfertigung: Geschäftszeit 9-6 Uhr
Verleger: Dornwirts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Skoblewski leugnet alles.

Er ist nicht Gorew — er weiß von nichts . . .

B. S. Leipzig, den 18. Februar 1925.

Der heutige Verhandlungstag im Hule-Prozess begann nun endlich mit der Vernehmung eines weiteren Angeklagten, und zwar des geheimnisvollen Russen, der unter dem Namen Peter Alexander Skoblewski auf der Anklagebank sitzt.

Vorj.: Sie haben angegeben, daß Sie Mechaniker sind, daß Sie Peter Alexander Skoblewski heißen und daß Sie russischer Staatsangehöriger und in Tambow geboren sind. Es wird behauptet, daß Sie nicht Skoblewski heißen, sondern daß es ein solcher Name wäre und daß Sie eigentlich Gorew heißen. — Skoblewski, der einen intelligenten, weitläufigen Eindruck von allen Angeklagten macht, erklärt darauf in fließendem, wenn auch etwas hartem Deutsch, folgendes: Ich möchte von Anfang an folgende Feststellung machen: Es ist immer wieder im Zusammenhang mit meinem Namen eine Reihe von Namen bekannt geworden, deshalb möchte ich hier deutlich erklären, daß mein Name Alexander Skoblewski ist, daß ich mit dem Namen Helmuth Gorew, oder Gorewski, oder Hoff, oder Willi nichts zu tun habe. Von den hier angeklagten Herren kenne ich nur Hule. Die Herren Reumann und Voegel, die behaupten, mich zu kennen, habe ich erst vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Bogt, kennengelernt. Ich habe mit dieser Anklage nichts zu tun, denn ich bin erst am 27. Februar 1924 nach Berlin gekommen.

Vorj.: Sie sind am 24. März dann verhaftet worden. Wie kamen Sie nach Deutschland?

Skoblewski: Aus Frankreich über Holland.

Vorj.: Was taten Sie in Frankreich?

Skoblewski: Ich kam 1916 mit einem Transport russischer Soldaten von Archangelst nach Marseille und lebte seitdem in Frankreich.

Vorj.: Was wollten Sie in Deutschland?

Skoblewski: Ich wollte nach Russland zurück.

Vorj.: Weshalb sind Sie nicht weiter gefahren?

Skoblewski: Ich hatte ein Gesuch eingereicht, aber die Papiere nicht bekommen.

Vorj.: Wo haben Sie das Gesuch eingereicht?

Skoblewski: Unter den Linden 7, in der Poststraße.

Vorj.: Warum haben Sie die Ausweise nicht erhalten?

Skoblewski: Weil ich keine Papiere hatte.

Vorj.: Sie sind mit Hulo zusammen verhaftet worden. Was haben Sie mit diesem zu tun?

Skoblewski: Es war ein Zufall. Ich wollte durch ihn Ausweise erhalten.

Vorj.: Wie wurden Sie denn mit ihm bekannt?

Skoblewski: Durch den Herrn, bei dem ich wohnte.

Vorj.: Wer war das?

Skoblewski (lächelnd): Darauf gebe ich keine Antwort.

Vorj.: Wenn Sie Ihre Anwesenheit in Deutschland harmlos erklären wollen, so wäre es doch zweckmäßiger, darüber auszusagen.

Skoblewski: Ich lebte dort ohne Anmeldung und möchte den Leuten keine Unannehmlichkeiten machen. Es waren meine Freunde.

Vorj.: Waren es Kommunisten?

Skoblewski: Wenn man sich einen Ausweis besorgen will, dann fragt man nicht danach.

Vorj.: Wenn Sie wirklich in Deutschland harmlos gelebt haben, wäre es doch besser, wenn Sie Auskunft darüber geben.

Skoblewski: Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Vorj.: Hulo soll Verbindungsmann zwischen „Helmuth“ und Reumann gewesen sein?

Skoblewski: Das kann ich doch nicht sagen, das muß Hule wissen.

Vorj.: Wo haben Sie denn Hule kennengelernt?

Skoblewski: An einem Untergrundbahnhof.

Vorj.: Warum wurde denn das so geheimnisvoll gemacht?

Skoblewski: Es handelte sich bei den Ausweisen doch nicht um eine angenehme Sache.

Vorj.: Sollten es denn falsche Ausweise sein?

Skoblewski: Jawohl, ich hatte doch überhaupt keine Papiere.

Vorj.: Was haben Sie denn nun Hule gesagt?

Skoblewski: Er wollte mit einem Ausweis für den Aufenthalt in Deutschland beschaffen.

Vorj.: Früher oder haben Sie gesagt, einen Ausweis zur Reise nach Russland.

Skoblewski: Zunächst wollte ich erst mal einen deutschen Ausweis haben.

Reichsgerichtsrat Baumgarten: Warum haben Sie sich die Papiere denn nicht in Frankreich besorgt?

Skoblewski: Frankreich hat keine russische Botschaft.

Reichsgerichtsrat Baumgarten: Der nächste Weg von Paris nach Moskau geht doch über Straßburg — Prag.

Skoblewski: Dann hätte ich durch das besetzte Gebiet fahren müssen.

Vorj.: Weshalb haben Sie denn nun zu der Zusammenkunft mit Hule eine leere Reisetasche mitgenommen?

Skoblewski: Sie sollte für eventuelle Geldschwierigkeiten verwendet werden.

Vorj.: Sollte Hule die Tasche nicht einem Herrn Winkler geben und hätte sich Hule nicht gerade die Adresse notiert, als Sie verhaftet wurden?

Skoblewski: Ich habe es bisher abgelehnt, darüber zu sprechen. Auf Seite 17 der Anklageschrift steht, daß ich die Tasche dem Hule mit dem Auftrag gegeben habe, sie Herrn Winkler für den Waffenaufkauf zu geben. Ich habe auf dem Polizeipräsidium später die Frage, ob ich Winkler kenne, immer wieder kategorisch verneint, obwohl Hule damals neben mir stand und befandete, daß ich ihm den Namen genannt und ihn gebeten hätte, die Adresse Winkler zu notieren. Ich will aber jetzt folgendes sagen: Als ich Hule die Adresse zu notieren bat, da hatte das mit dem Dr. Winkler oder Bloß absolut nichts zu tun.

Es war die Adresse einer mit bekannten Dame. Das kann sofort nachgewiesen werden. Es handelt sich um eine Russin namens Maria Schipowa.

Ich habe bisher bestritten, sie zu kennen, weil ich ihr keine Schwierigkeiten machen wollte. Ich rede jetzt aber, weil sie keine Schwierig-

keiten mehr zu befürchten braucht, weil sie nicht mehr in Deutschland ist. Als ich dem Hule die Adresse notiert hatte, wurden wir verhaftet.

Vorj. (zu Hule): Ist Skoblewski, der Ihnen unter dem Namen „Alex“ damals vorgestellt wurde, nun der „Helmuth“, zu dem Sie Verbindungsmann waren?

Angel. Hule: Ich kenne keinen „Helmuth“. Diesen Herrn habe ich am 21. März in Begleitung eines anderen Herrn zum erstenmal am Untergrundbahnhof Potsdamer Platz gesehen. Drei Tage später wurden wir bei einer anderen Zusammenkunft am Rietzelbühlplatz verhaftet. Er war damals allein.

Vorj.: Früher haben Sie gesagt, daß bei Ihrer zweiten Zusammenkunft in Begleitung des „Alex“ eine Dame war und „Alex“ habe Ihnen gesagt, Sie sollten sich die Dame genau ansehen. Sie würden öfters zu ihr gefandt werden.

Skoblewski: Davon weiß ich nichts.

Angel. Hule: Er hat auch recht. Ich habe diese Aussage widerzulesen. Ich habe die erste Auslage nur gemacht, weil mir der Kriminalkommissar Heller so zusah. Da bin ich Anfangs so rausgeplatzt. Ich habe das aber mit anderen Zusammenkünften verwechselt.

Der Vorsitzende stellte hierauf aus dem Protokoll fest, daß bei der ersten Vernehmung Hule angegeben habe, er hätte von einem gewissen „Doll“, der in der Zentrale in der Rosenthaler Straße war, den Auftrag erhalten, „Alex“ Briefe und Schriftstücke zu bringen. Hule, Reumann und Bloß seien die Verbindungsmänner gewesen, die die Beförderung von Briefen, illegalen Rundschreiben und Zeitungen der Partei zu übernehmen hatten. Weiter hat Hule früher angegeben, als er verhaftet worden sei, habe ihm „Helmuth“ gerade den Auftrag gegeben, zu Dr. Winkler nach der Rödernerstraße zu gehen.

Skoblewski: Das stimmt nicht.

Vorj.: Sie leugnen aber, an der ganzen Sache beteiligt gewesen zu sein?

Skoblewski: Ganz entschieden.

Vorj.: Hule, wie ist das?

Hule: Ich werde noch später darauf zurückkommen, wie mich der Landgerichtsdirektor Bogt vernommen hat. Ich war dem Reumann gegenübergestellt worden, der mir vorhielt, daß ich nicht „Helmuth“ sei, sondern daß ich nicht wisse, daß die Lösung des Rauchs ein patriotischer Witz war.

dabei mußte ich von dieser Sache gar nichts.

Rein ganzes Protokoll ist in Wirklichkeit nur die Aussage Reumanns, von Landgerichtsdirektor Bogt überseht. Ich habe dann meine Unterschrift gegeben.

Vorj.: Herr Skoblewski, Sie sollen an der russischen Revolution beteiligt gewesen sein?

Skoblewski: Das ist nicht möglich, denn ich war seit 1916 in Frankreich.

Vorj.: Sie sollen eine maßgebende Rolle gespielt haben. Sie sollen russischer General sein, und man soll Sie den „Sieger von Kronstadt“ nennen.

Skoblewski: Das habe ich zum erstenmal aus der Anklageschrift erfahren.

Vorj.: Sie sollen der Führer der Operativen-Abteilung des „Revko“ gewesen sein.

Skoblewski: Nein.

Vorj.: Sie sollen in der Russischen Botschaft gemohnt haben.

Skoblewski: Nein.

Vorj.: Das wird alles von Reumann bestimmt befundet. (Zum Angeklagten Reumann) Halten Sie trotz des Leugnens Skoblewskis Ihre Behauptungen aufrecht?

Reumann (mit lauter Stimme): Alles, was ich früher und jetzt gesagt habe, halte ich aufrecht.

Vorj.: Erkennen Sie Skoblewski als den „Helmuth“?

Reumann: Ein Irrtum ist nicht möglich. Das ist der Mann, den ich als „Schmuth“ und „Woll“ kennengelernt habe und nach dem ich mich in der russischen Botschaft unter dem Namen „Gorew“ erkundigen mußte. Jeder Irrtum ist ausgeschlossen.

Vorj. (zu Skoblewski): Was sagen Sie dazu. Auch Hule hat früher diese bestimmten Angaben gemacht.

Skoblewski: Ich bleibe bei meiner Behauptung.

Vorj.: Hule, ist das „Helmuth“?

Hule: Ich habe mit keinem „Helmuth“ zusammengearbeitet.

Vorj. (zu Reumann): Haben Sie bestimmte Erkennungszeichen, an denen Sie ihn wieder erkennen?

Angel.: Nein. Aber wenn ich mit einem Mann von Mitte September 1923 bis Februar 1924 eine Zeitlang täglich, dann wöchentlich zwei- bis dreimal zusammengearbeitet habe, kann ich mich unmöglich in seiner Person irren.

Vorj.: Besteht denn kein Zweifel?

Reumann: Nein, kein Zweifel.

R.-A. Dr. Rosenfeld (zu Reumann): Woher wollten Sie denn wissen, daß Skoblewski in der Russischen Botschaft wohnte?

Angel. Reumann: Weil er im Bijou auf dem Bett lag. Deswegen nahm ich an, daß er dort wohnte.

Das Hamburger Urteil.

Rechtshilfe bis zu 10 Jahren.

Hamburg, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Hochverratsprozeß wurde Mittwoch mittags um 12 1/2 Uhr das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Urbahus wurde wegen hochverräterischen Komplotts und Vorbereitung des Hochverrats zu 10 Jahren Zerstörung und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen der gleichen Vergehen erlitten die Angeklagten Freede 6 Jahre Zerstörung und 600 Mark Geldstrafe, Köppen 5 Jahre Zerstörung und 500 Mark Geldstrafe, Leusen 4 Jahre Zerstörung, 400 Mark Geldstrafe, Leose 4 Jahre Zerstörung und 400 Mark Geldstrafe, Schabbe 2 Jahre 6 Monate Zerstörung und 250 Mark Geldstrafe. Für je 50 Mark Geldstrafe wird ein Tag Zerstörung angerechnet. Köppl wurde freigesprochen und nur wegen verbotenen Waffensbesitzes zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch Eijer wurde freigesprochen. Urbahus, Frede und Leose wird ein Jahr, Köppen ein halbes Jahr Untersuchungshaft angeordnet.

Der Kampf der Eisenbahner.

Gegen den Raubbau an der Arbeitskraft.

Eisenbahner, schließt sich enger zusammen, stärkt eure Organisationen! Das war der Wahnsinn, den der Deutsche Eisenbahnerverband nach der Umwandlung der Reichsbahn in eine Gesellschaft immer wieder an das Eisenbahnerpersonal richtete. Seit dieser Umwandlung sind einige Monate ins Land gegangen, die jedem denkenden Eisenbahner klar gemacht haben müssen, daß nur durch Widerstand und Kampf die Existenz des Personals gesichert werden kann. Der Druck der zu geringen Entlohnung, die Qual der übermäßig langen Arbeitszeit und die unter dem Damoklesschwert des Abbaues weit über die Kraft gehende Leistungssteigerung zwangen die Eisenbahner, jetzt endlich im Laufe des Februar einen entscheidenden Vorstoß zur Besserung ihrer Lage zu führen.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat auf die Kündigung der Arbeitszeit- und Lohnverträge hin nichts Wichtigeres zu tun gehabt, als der Devisenlosigkeit mitzutellen, daß eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zwangsläufig zu einer Erhöhung der Eisenbahntarife um mindestens 10 Proz. führen werde. Der Zweck dieses Schreckschusses war natürlich nichts anderes, als eine Aufputschung der öffentlichen Meinung. Aber wir glauben nicht, daß die Eisenbahner sich jetzt auch noch einschüchtern lassen, denn die Umwandlung der Reichsbahn brachte für das Personal zu absehenden Exempeln.

Nehmen wir den Werkstättenarbeiter! Jeder dieser Arbeiter weiß heute, daß die Verwaltung mit einer förmlichen Hast die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung erzwingen will — „wissenschaftlich“, wie die Verwaltung es ausspricht. Alle Werkstättenleitungen sowie die Organisation der Werkstätten sind völlig auf die neue Betriebsform eingestellt. Die überhastete Umstellung bringt vielerorts ein furchtliches Durcheinander, und mit diesem Durcheinander machen Verleitung und deren Verwaltungsapparat die Arbeit zur Qual. Die Schuld daran tragen natürlich, genau genommen, nicht diese Stellen selbst, sondern die Antreiber oben. Natürlich kann sich kein Durchschnittsmensch, der tagtäglich voll beschäftigt ist, im Handumdrehen mit der wissenschaftlichen Betriebsführung vertraut machen. Begriffe, wie Zeit-, Leistungs- und Bewegungsstudie, Normung der Arbeit, Automatisierung der Arbeit, Serienarbeit, Arbeiterunterweisungsorten und Kalkulagrammen verwirren die Köpfe der Beamten, die in der alten Arbeitsweise groß wurden. Dazu kommt die Korruptionszulage als Anreiz. Sie verführt die Streber unter den Beamten, sich hervorzutun. In raffiniert ausgeklügelter Weise spielt die Hauptverwaltung mit ihrem Appell an den Ehrgeiz die eine Werkstätte gegen die andere aus. Schließlich droht noch die Gefahr der Auflösung eines Teils der Werkstätten und verwandelt die Umstellung in eine förmliche Hehrajagd. Die von der Auflösung Bedrohten suchen den Nachweis zu führen, daß ihre Werkstätten leistungsfähiger sind als die im Fortbestehen gesicherten Betriebe. Die Folge ist eine bisher nicht gekannte Ausbeutung der Einzelarbeitskraft. Der Eisenbahnwerkstättenarbeiter von heute ist körperlich und seelisch einem Druck ausgesetzt, wie ihn die Arbeiterchaft in der Vergangenheit kaum jemals kannte.

Was für den Werkstättenarbeiter gilt, gilt sinngemäß auch für die Arbeiter des Betriebes. Auch sie werden durch dauernde Abbaumassnahmen heimgesucht. Daneben aber ist für sie in den sogenannten „Dienstauvervorschriften“ ein moderner Folterapparat geschaffen worden. Dienst ist bekanntlich bei der Eisenbahnverwaltung nicht gleich Arbeit; denn nach den jetzigen Dienstauvervorschriften soll die Arbeitszeit in der Regel 9 Stunden, ausnahmsweise 10 Stunden, betragen. Dazu kommt dann noch ein sogenannter Monats- bzw. Jahresausgleich. Diese Arbeitszeitfolter fesselt die Arbeiter lange an die Arbeitsstelle: 16, 17 und sogar 18 Stunden Dienst pro Tag ist keine Seltenheit! Was diese Quälerei mit dem Raub der freien Zeit bedeutet, davon kann sich ein Außenstehender nur schwer eine Vorstellung machen.

Die Verfechter der wissenschaftlichen Betriebsführung erklären großspurig, der Vorteil, der sich aus der Mehrproduktion ergebe, müsse der Arbeiterchaft zugute kommen. In der Praxis erinnert sich jedoch die Reichsbahnverwaltung nicht im geringsten an die schönen Versprechungen der Theoretiker. Es fällt ihr im Traum nicht ein, aus freien Stücken die Konsequenzen der wissenschaftlichen Betriebsführung zu ziehen, d. h. die Arbeitszeit zu kürzen und den Lohn zu erhöhen. Die Hauptverwaltung bestreitet nicht, daß die Leistungen der Arbeiterchaft in der letzten Zeit beträchtlich gestiegen sind. Aber so weit geht die Erkenntnis der Verwaltung nicht, daß diese Leistungssteigerung vor allem auf Kosten der Arbeitskraft erfolgt und daß höhere Löhne schon deshalb notwendig sind, um die Arbeitskraft der ausgepumpten Körper wenigstens wieder zu erlösen. Kommissar haben die heutigen Löhne die Höhe der Vorkriegslöhne, aber ihr Realwert steht weit dahinter zurück. Krampfhaft bemühen sich die großen Rechner im Verwaltungsrat, nachzuweisen, daß die Personalausgaben in ihrer Steigerung der der Materialpreise gleichkommen. Für Kohle sollen z. B. 140 Proz., für Kupfer 160 Proz., für Leuzisten 175 Proz., für Forben 200 Proz. der Vorkriegspreise gezahlt werden und die Gesamtausgaben an das Personal sollen 160 Proz. der Vorkriegsausgaben betragen.

Zahlen beweisen, beweisen auch nichts; wenn man z. B. vergißt, daß bei der Errechnung der Ausgaben für das gesamte Personal rund 80 000 Köpfe mehr zugrunde gelegt sind als in der Friedenszeit. Außerdem hat sich der Kopfstab der höheren

Beamten durch die Uebernahme der Staatsbahn auf das Reich beträchtlich erhöht. Infolgedessen sind auch die Personalausgaben einseitig erhöht worden, soweit die Gesamtausgaben an das Personal in Frage kommen. Der Herr Generaldirektor Defer, der vor kurzem auf einem Bierabend den Pressevertretern den Vergleich der Materialkosten mit den Personalkosten aufsuchte, wird wohl selbst kaum im Ernst glauben, daß das Nominaleinkommen des einzelnen Arbeiters auf 160 Proz. gestiegen ist.

Will die Reichsbahnverwaltung den Eisenbahnbetrieb gesund erhalten, dann wird sie sich beeilen müssen, den Forderungen der Eisenbahner auf Lohnerhöhung und Kürzung der Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Mit einem ausgehungerten Personal läßt sich auf der Bahn für die Dauer keine Ordnung aufrechterhalten. Bei den in den nächsten Tagen beginnenden eigentlichen Verhandlungen sollte sich die Verwaltung sagen, daß es ein Gebot der Klugheit ist, das Notwendige ganz und schnell zu tun. Wer schnell gibt, gibt doppelt!

Die Kosten des Ruhrkampfes.

Eine niedliche kleine Verschiebung!

Die Verteidigungsschrift der Luther und Stresemann schweigt sich 74 Seiten lang über die wahren Kosten des Ruhrkampfes aus. Mit keinem Wort berührt sie die Vorkosten, die Aufwendungen für „unproduktiven Materialaufwand“, die Papierkredite an die Ruhrindustrie. Sie legt lediglich Rechenschaft ab über 700 Millionen Goldmark, die im Zusammenhang mit dem Micum-Regime als Entschädigungen gezahlt worden sind — wenn man bei dieser Denkschrift überhaupt von Rechenschaftslegung sprechen kann. Ueber die wahren Kosten des Ruhrkampfes kein Wort!

Nachdem selbst die Presse der Interessenten sich dieser Denkschrift nicht mehr öffentlich annimmt — die Interessenten haben ja das Geld in der Tasche, wozu also noch davon reden — raffen sich die Organe der Deutschen Volkspartei zu ihrer Verteidigung auf. Es gilt, Herrn Stresemann zu decken. Diese Verteidigung beginnt mit einer niedlichen kleinen Fälschung. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ schreibt Herr Dr. Cremer, Mitglied des Reichstags, über die Denkschrift. Er widmet uns dabei folgende Zeilen:

„Dieselben Leute, die damals den Gedanken bekämpften, aus Rhein und Ruhr eine Reparationsprovinz werden zu lassen und deren Schicksal mit verdrängten Armen zuzusehen, erheben jetzt ein großes Geschrei von Cadix Bersaba, nachdem die Rechnung über die Kosten des Kampfes von den Beteiligten präsentiert wird.“

Die Rechnung über die Kosten des Kampfes von den Beteiligten: gehört zu den Kosten des Kampfes eine Bereicherung der Schwerindustrie auf Kosten des Reichs? Gehört dazu, daß die darbenenden und leidenden Massen der Beteiligten leer ausgehen und die, die niemals gelitten haben, bereichert werden?

Die Kosten des Kampfes! Der Aufsatz von Dr. Cremer ist überschrieben: „Die Kosten des Ruhrkampfes“. Wir glauben, ein Ehrlicher wolle den wirklichen Zusammenhang der Dinge zeigen. Wir meinen, als wir diese Ueberschrift lesen, nun werde endlich einmal der Versuch einer Generalbilanz über den Ruhrkampf gemacht. Wir waren begierig, zu sehen, wie hoch Herr Dr. Cremer die Kosten des Ruhrkampfes einschätzen würde, auf 10 Milliarden, auf 13 Milliarden oder gar auf einige zwanzig Milliarden, wie kürzlich in alarmierender Weise behauptet wurde. Wir lachten, aber wir fanden nichts; denn Herr Dr. Cremer nennt die 700 Millionen Extrageschäft — die Kosten des Ruhrkampfes. Das ist eine Verschiebung, die der Täuschung der Öffentlichkeit dienen soll.

Die Kosten des Ruhrkampfes betragen das Zwanzigfache der 700 Millionen Entschädigung!

Dieser Versuch von Dr. Cremer zeigt, wie die Deutsche

Volkspartei es halten will. Die 700-Millionen-Affäre ist im Laufen. Da ist nichts mehr zu vertuschen. Sie muß sich und ihren Führer Stresemann so gut oder schlecht, als es jetzt noch möglich ist, daraus zu retten suchen. Aber hinter dieser unvermeidbaren Auseinandersetzung möchte sie die weitere notwendige Auseinandersetzung über die wahren Kosten des Ruhrkampfes verschwinden lassen. Wenn so selbst Herr Dr. Cremer Stellung nimmt, der der Schwerindustrie gegenüber ein kritisches Urteil an den Tag gelegt hat, kann man ermesen, wie stark die Deutsche Volkspartei geistig von der Schwerindustrie gefangen ist. Sie möchte aber nach der Parole handeln: gehen wir die hunderte Millionen zu, aber verschweigen wir die Milliarden!

Der saubere Plan gelingt nicht! Wie steht's mit der Generalabrechnung? Wird man auf die präzisierenden Fragen an die Regierung eine Antwort erhalten? Wird sie endlich ihre Pflicht erfüllen und Rechenschaft ablegen?

Wilhelms Sprung in die Welt.

Aus seinen Anfängen.

Soeben erscheinen bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart die „Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botshafers Joseph Maria v. Radowich“. Der Verfasser, der lange vor dem Krieg gestorben ist, erzählt darin u. a. aus den Anfängen der Regierung Wilhelms II. folgendes:

„Sprach viel mit Schweinitz (dem Botshafter in Petersburg, Red. d. „B.“), der ganz bedenklich ist über das was er die „plötzlichen Umschläge“ beim Kaiser nennt. So hätte der Kaiser heute eine Konversation mit Schuwalow (dem russischen Botshafter in Berlin, Red. d. „B.“) über das geheime Abkommen gehabt, wobei Seine Majestät sich ganz im Gegensatz zu dem geäußert habe, was gestern Caprioli mit ihm, Schweinitz, im gemeinsamen Vortrage dargelegt und wofür sie die allerhöchste Zustimmung erhalten hätten. Er sei bestürzt gewesen, als Schuwalow ihm seine Unterredung wiedererzählte, und habe ihn gebeten, seine Meinung in diesem Sinne abzuschicken, ehe er nicht mit Caprioli noch einmal gesprochen. Schweinitz fürchtete, er werde in Petersburg, wohin er morgen abreist, in die übelste Lage kommen, falls „solche Sprünge“ sich wiederholten.

Ein anderer, für die Sprünge charakteristischer Vorgang ist der, daß der Kaiser, nachdem bereits die Ernennung Marschalls festgelegt und zwischen Caprioli und ihm alles abgemacht worden, gestern noch einmal Livensleben auf das eindringlichste für Annahme des Postens bearbeitet hat. Nur dessen konsequenter Ablehnung ist es zu danken, daß nicht, wenn er doch noch angenommen hätte, plötzlich zwei neue Staatssekretäre vorhanden gewesen wären. Caprioli hat zu Schweinitz gesagt: in diesem Falle hätte er selbst umgehend sich wieder zurückziehen müssen!

Das war am Anfang. Und so ging es noch fast dreißig Jahre lang weiter, immer vergnügt und pudelnärrisch, bis der Zusammenbruch kam.

Amtsantritt des Ministerpräsidenten Marx.

Verabschiedung des bisherigen Ministerpräsidenten Braun

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums hatte sich Mittwochs vormittag die Beamtenchaft des preussischen Staatsministeriums versammelt, um die Abschiedsworte des bisherigen Ministerpräsidenten Braun entgegenzunehmen. Ministerpräsident Braun skizzierte kurz die mannigfachen und großen Schwierigkeiten, die er in den 6 Jahren seiner Ministerstätigkeit und in den mehr als 5 Jahren, in denen er das Kabinett der großen Koalition leitete, zu überwinden hatte, um dem Ziele des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaues unseres Vaterlandes und der Konsolidierung der Verhältnisse in Preußen und im Reich näherzukommen.

Daß wir ein so großes Stück vorwärts gekommen sind, sei auch der treuen und hingebenden Mitarbeit der Be-

amtenchaft aus dem Bereiche der Verwaltung des Staatsministeriums zu danken. Wenn es nur auf seine Person ankäme, so könne ihm das Scheiden leicht fallen, jedoch aber sei er mit seiner Arbeit und seinem Ziel innerlich so verhaftet, daß er den Abschied von seinem Tätigkeitsfelde bedauere. Der Ministerpräsident schloß mit den Worten des herzlichsten Dankes an die Beamten und mit der Bitte, seinem Amtsnachfolger Marx, den er bei dieser Gelegenheit vorstelle, mit derselben Treue zu dienen, wie ihm bisher.

Staatssekretär Dr. Weismann gab im Auftrage der Beamtenchaft dem Gefühl der Trauer über das Ausscheiden eines Chefs Ausdruck, dem man nicht nur wegen seiner Sachkenntnis, seiner Energie und seines eisernen Fleißes hohe Anerkennung zollen mußte, sondern der auch rein menschlich für die Sorgen und Räte seiner Beamten, gerade in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis, immer ein warmes Herz und volles Verständnis zum Schweigen rief, so wird auch die Geschichte die großen und wertvollen Verdienste Brauns um Preußen und Reich würdigen. Ein Trost angesichts dieses Abschiedes sei die Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten Marx, der aus seiner Tätigkeit im Reiche her schon das volle Vertrauen der Beamtenchaft beanspruchen könne. Kamens der Beamten könne er dem neuen Chef versichern, daß sie alle unter seiner Leitung zur hingebenden Mitarbeit und treuester, echt preussischer Pflichterfüllung bereit seien.

Ministerpräsident Marx dankte zunächst dem Staatssekretär Dr. Weismann für seine im Namen der Beamtenchaft gesprochenen Worte und sodann in sehr warmen Worten dem bisherigen Ministerpräsidenten Braun für seine politische Arbeit, für die er sich mit seiner ganzen machtvollen Persönlichkeit, mit unbeirrbarer Energie eingesetzt habe. Gerade in seiner Tätigkeit als Reichskanzler habe er es als wohlwollend empfunden, daß in einer Zeit, in der fast in allen Ländern des Reichs Unruhen und Krisen herrschten, das größte Land, Preußen, unter zielbewußter und fester Leitung ruhig und stetig seinen Weg ging.

Ministerpräsident Braun, den er nur mit Wehmut von seinem Posten scheiden sah, habe sich nicht nur um Preußen, sondern um das Reich große, bleibende Verdienste erworben. Er hoffe ihn auch in Zukunft weiter in politischer Betätigung herbeizurufen am Werk zu sehen. Für dieses Preußen, das in den letzten Jahren die Hauptstütze des Reiches gewesen sei, werde nunmehr er jetzt gern, solange es ihm vergönnt sei, an dieser Stelle zu stehen, seine ganze Arbeitskraft einsetzen.

„Völkische Brunnenvergifter.“

Selbst v. Graefe muß ihre Existenz bestätigen.

Seit Hitler wieder eine eigene Firma aufgemacht hat und von seinen bisherigen „preussischen“ Geschäftsteilhabern abgerückt ist, geht die niedliche Auseinandersetzung zwischen den völkischen Stammesgenossen wieder ihren alten lustigen Gang.

Im „Deutschen Tageblatt“ belogt sich Herr von Graefe bitter über die „niedrigsten Beschimpfungen der norddeutschen völkischen Führer“ durch Anhänger Hitlers in Bayern. Hitler hat den „norddeutschen Führer“ Graefe nicht einmal zu einer persönlichen Aussprache über die Probleme der Partei vorgelassen. Deshalb geht er mit „stillschweigender Berachtung“ über die „unwahren Schimpfereien“ hinweg, die Hitler leugnet, sei es aus Torheit, Eitelkeit oder Schlimmere, gegen ihn anwenden. Und schließlich nennt er seine bisherigen Parteigenossen von der Hitlerseite „völkische Brunnenvergifter“!

Wir sind nicht in der Lage, ein so kompetentes Urteil zu bestreiten.

Sozialdemokratischer Landtagspräsident.

Genosse Hug in Oldenburg gewählt.

Rüstringen, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem am Dienstag erfolgten Zusammentritt des Oldenburgischen Landtages wurde der Abgeordnete Genosse Hug zum Präsidenten des Landtages gewählt. Es ist dies das erste Mal, daß in Oldenburg ein Sozialdemokrat Präsident des Landtages wurde. Bisher hatte das Amt ein deutscher Volksparteiler inne. Genosse Hug wurde mit Unterstützung des Zentrums und der Demokraten gewählt.

Der neue Hauptmann im Lessing-Theater

In den letzten drei Jahrzehnten bedeutete jedes Werk unseres Gerhart Hauptmann ein bedeutendes Ereignis. Ungebüdig wartete man auf das Erscheinen einer neuen Dichtung, die sein unvergängliches Denkmal in der Weltliteratur mit frischem Vorbeeren kränzen sollte. Das jüngste Drama „Andipohdi“ brauchte fast fünf Jahre, bis es auf einer Berliner Bühne eine Stätte fand. Die gestrige Aufführung im „Lessing-Theater“ hatte ihre Sensation. Diese war aber nicht künstlerischer Art, hatte keine Beziehung zum Drama selbst, war durch Zufall hineingetragen. Im dritten Akt, dem bewegtesten des Stückes, zogen Rauchwolken ins Parkett. Man wurde unruhig. Ein Angstschrei erscholl: „Feuer!“ und die Zuschauer drängten zu den Türen. Was es blinder Feuerlärm gemessen sein, mag es wirklich auf der Bühne gebrannt haben, die weichevolle Stimmung, die von Hauptmanns dramatischem Gedicht ausgehen sollte, war dahin. Der Beifall läute nur lau, man verehrte den großen deutschen Dramatiker. Mit „Andipohdi“ hatte man keinen Kontakt gemommen.

War es die Schuld des bösen Zwischenfalls? Oder spricht hier einer, der mit seinem Schaffen abgeschlossen hat und einsam geworden dem Befehl seiner Volksgenossen entwichen ist? Ein abgeklärter Geist hat seine Freude daran, in stiller Behausung die Probleme des Rätsels „Leben“ verjüngend näherzukommen. Verjüngend, nicht stürmend und auf neuen Wegen schreitend. Das ist der Eindruck des Dramas „Andipohdi“. Die Regiebemerkung des ersten Aktes lautet: „Ruinen eines mächtigen, vielleicht tollstischen Palastes auf einer Insel im Ozean. Die Ruinenansicht ähnelt dem Konopalaste von Milla.“ So abgeschlossen wie der Ort des Dramas, so weltersen, so unterem Kreis entrückt spielt sich die grüblerisch-phantastische Handlung ab. Wie im „Weißen Heiland“ steht auch hier der Europäer, der Weiße im Gegensatz zu Indianern. Bei der Mehrzahl von ihnen genießt er die Verehrung eines Heiligen. Aber einige empören sich gegen die ihm übertragene Macht. Ein Indianerweib, das in Liebe zu dem Weißen entbrennt, ein Sohn, der ihn einst in der Heimat vom Fürstenthron gestoßen hat und auf diese Insel des Ozeans verschlagen ist, eine Tochter, die in mächtiger Sinnenslust zum Bruder glüht, Menichenopfer, Magit, Magie spielen hinein.

Die Konflikte lösen sich in den fünf Akten langsam und doch unerwartet, ja gequält. Der weiße Heilige opfert sich selbst, voller Sehnsucht, mit der rätselvollen Grausamkeit des Lebens verjüngt ins Nichts zu versinken.

Anklänge an Hölderlins „Tod des Empedokles“ sind peinlich. Nur Hölderlin schmerzvoller Kampf mit den Problemen des Lebens. Aber was dem Empedokles die feierliche Weihe verleiht, entbehrt man bitter bei Hauptmann: die zum Wert stimmende Erhabenheit der Sprache. Hauptmanns Symbolen klingen gestillt. Das Fehlen von jeglichem Pathos kleine Stärke seiner früheren Dicht-

tungen. „Andipohdi“ ist pathetisch, und das Pathos ist häufig höher, leerer Schall.

Die Aufführung des „Lessing-Theaters“ ist ein Wagnis und eine Lat. Der Stil, den der Regisseur Oskar Rauehl dem dramatischen Gedicht verlieh, konnte nicht anders als getragen feierlich, der Antike genähert sein. Unserer Zeit fehlt für solchen Stil die Resonanz, Wirkam durchdachte, künstlerisch gefüllte Leistungen beherrschen den Abend. Aber der erste, würdige Theodor Loos, der Heißsporn Otto Breslin, der düstere Paul Mederow, der gewaltige Stürmer Raoul Lange, die reizend anmutige Margarete Schlegel fanden sich nicht in harmonischem Zusammenklang. Schließen wir den Bericht resigniert mit den letzten Worten des Dramas:

„Nimm weg die Welt
Und schenke mir das Nichts, das mir gebührt.
Ich fühle dich, ich sinke in dich!
Nichts!“

(Alles ist im Rebel verschwunden.)

Ernst Degner.

Theater-Anekdoten. In dem Film „Der letzte Mann“ spielt Emil Jannings bekanntlich einen Hotelportier, der bis zum letzten Boden, so wird im neuesten Heft der von Erich Köhler herausgegebenen illustrierten Halbmonatsschrift, „Das Theater“ erzählt, fand im Belodrom am Kaiserhof das Schachzogenrennen statt, bei dem Alfred Abel den Jannings traf. Abel geht auf Jannings zu und sagt: „Können Sie mir vielleicht sagen, wo die Toiletten sind?“

Der Sohn des Dichters Björnson war vor einigen Jahren in Berlin als Filmregisseur tätig. Eines Tages fuhr er in seine Heimat zurück. Die Seereise fand bei herrlichem Wetter statt. Björnson ging auf dem Deck des Schiffes auf und ab. Aus irgendeinem Grunde vertiefte der Kapitän auf einige Minuten die Kommandobrücke. Diesen Moment benutzte Björnson, um durch seinen Krimtkocher von der Kommandobrücke aus die herrliche Landschaft zu betrachten. Aber schon kommt der Kapitän zurück, und es entspinnt sich folgendes Gespräch:

Kapitän: Mein Herr, ich muß Sie ersuchen, diesen Platz zu verlassen!

Björnson: Ich will mir die Landschaft ansehen.
Kapitän (Dringlicher): Auf diesem Platz hat niemand zu stehen als ich — gehen Sie sofort!!

Björnson: Ich verbitte mir diesen Ton! — Ich bin der Sohn von Norwegens größtem Dichter!

Kapitän (die Hand an die Wäsche legend): Pardon, Herr Björnson, ich muß aber trotzdem bitten, diesen Platz zu verlassen!

Der Charakterkomiker Erich Beckmann war unter der Direktion Solten-Bäckers am Lustspielhaus engagiert. Es war noch zur wilhelminischen Zeit. Die Rollen für ein neues Stück werden ausgeteilt und Beckmann erhält eine ganz kleine Rolle. Der Mann, den er spielen soll, heißt „Wilhelm“. — Ergrimms sagt er: „Dafür, daß der Mann „Wilhelm“ heißt, spricht er verständig wenig!“

Walbert fährt mit der Elektrischen. Der Wagen ist sehr voll. A. steht auf der hinteren Plattform. Der Schaffner kaffert im Innenraum des Wagens. Dadurch kommt A. nicht dazu, einen Fahrchein zu lösen. A. muß absteigen. Ein Herr, der neben ihm stand, ruft ihm zu: „Sie hatten ja gar keinen Fahrchein!“ — Walbert winkt dem Herrn jocos mit der Hand und ruft zurück: „Legen Sie's aus!“

„Das Dreimäderlhaus“ im Thalia-Theater. Die Operettenproduktion wird zwar mit munterem Lantam fortgesetzt, aber sie ist von Jahr zu Jahr unfruchtbarer geworden. Da ist es verblüffend, daß man auf den großen Erfolg von einst, das mit Schubertmelodien gefüllte, wienerisch gemächliche und sentimentale „Dreimäderlhaus“ zurückgreift. Der starke Beifall bewies, daß ein großer Teil des Publikums diesen Kranz der Schubertlieder liebt, obwohl er allem modernen Schlagerwesen menschlich fern ist. Jedwemer, der von diesem Theater als Operettenregisseur eingeführt wurde, war der Schaffner. Er überzeuge nicht ganz, so bewundernswert sein schieres Spiel und seine Gesangskunst ist. In vollen Ehren bestand neben ihm Elia Tuschka als Hanneel, auch ein neuer Stern der Operette (bisher an der Volkoper). Sie brachte die Wiener Note mit und war auch im Gesang Qualität. Von den anderen Mitwirkenden ist der Schlober des Herrn v. v. Hendt und der Hofkapellmeister des Erhard Siedel hervorzuheben.

Der „verhinderte“ Regisseur. Es gibt nicht nur „verhinderte Dichter“, sondern auch verhinderte Regisseure. So hat der seit zwei Jahren am Deutschen Theater engagierte Regisseur Martin Reich bisher noch kein einziges Werk inszenieren können. Nurmehr hat er sich diese vom Bühnenschiedsgericht geholt. Das Deutsche Theater wurde verurteilt, den Regisseur noch im Februar mit den Proben zu einer „Sogol“-Aufführung zu betrauen.

Das Ende eines Berliner Theater-Konzerns. Ein Zeichen für die schlechte Konjunktur im großstädtischen Theaterbetrieb ist es, daß Theater-Konzerne sich wieder auflösen. Die Weinhardt und Bernauer wollen ihren ganzen Konzern aufgeben. Während das Berliner Theater vertragsgemäß an Herrn Sabel fällt und bezüglich des Komödientheaters und des Theaters in der Altmögger Straße ausständische Verhandlungen mit Bittor Barnowitz geschlossen werden, soll das Theater am Rollendortplatz, dem geschäftsführenden Direktor des Konzerns, Arthur Schmelz übertragen werden.

Edward Känede hat von dem amerikanischen Großtheaterunternehmer Schubert den Auftrag erhalten, für den Schubert-Konzern vier Operetten zu komponieren.

Im literarisch politischen Kabarett „Die Viskole“ in der Kampe am Kurhildendamm findet jetzt ein Programmwechsel statt. Täglich ist Konkurrenzmeisterschaft zwischen Peter Schall, Fritz Becklens, Rell Dinger, Erich Weimer bringt neue politische Satiren, darunter „Nicht drückt aus der Schwanz“ und „Das Tagebuch eines Volkspolitikers“.

Im Rahmen der Jubiläumsausstellungen Düsseldorf 1925 ist eine umfassende Kunstaustellung vorgesehen, die in dem nunmehr fertig gewordenen Städtischen Kuntpalast vom 30. Mai bis 4. Oktober stattfinden soll. Sie umfaßt die letzten 100 Jahre rheinischer Malerei, das zeitgenössische deutsche und das moderne Düsseldorf-Kunsthallen.

Edmund von Bichers, der maßstäbliche Wortführer und Genremaler, ist 62 Jahre alt in Wien gestorben. Er war ein Schüler Makovs, dessen Tradition er in zahlreichen Werken fortgesetzt hat. Viele seiner Gemäldes finden sich in den deutschen Galerien.

Herriot und Luther.

Schwierige Lage infolge des deutschen Rechtskurzes.

Genf, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Kolonialminister Daladier erklärte dem Vertreter des „Soy. Pressedienst“ in Genf, daß die Meldungen der deutschen Rechtspreffe über eine Mißwirtschaft in den früheren deutschen Kolonien unwahr seien. Der Rechenschaftsbericht vor dem Völkerrundrat habe gute Resultate der französischen Verwaltung ergeben. Das Rückkehrverbot für deutsche Kolonisten sei zwar noch nicht aufgehoben, doch würden geeignete Verhandlungen eine Aufklärung ermöglichen.

Ueber die deutsch-französische Spannung äußerte der Minister, daß die Bildung des Kabinetts Luther den französischen Ministerpräsidenten in eine schwierige Lage gegenüber der französischen Reaktion gebracht habe. Herriot werde in vollem Einverständnis mit England keine weiteren Konzessionen machen, um so mehr, da Stresemann früher alle Verhandlungsmöglichkeiten in der Kölner Jönestage ungenutzt habe verstreuen lassen. Herriot sei, genau wie England, für die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerrundrat und Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland, aber Bedingungen lasse man sich nicht stellen. Die Eröffnung einer Diskussion über Einzelfragen des Völkerrundratpaktes vor Eintritt Deutschlands sei daher nutzlos. Die politische Haltung des Kabinetts Luther führe zur Isolierung Deutschlands und begünstige einen englisch-französischen Garantepakt, der bereits Verhandlungsgegenstand zwischen Paris und London sei. Die besondere Enttäuschung Herriots sei das Stillschweigen der Demokratie zur Politik Stresemanns. Nur eine moralische Offenheit aller christlichen Friedensfreunde könne eine neue Entfremdung zwischen beiden Ländern verhüten.

Der Kolonialminister Daladier ist ein besonders intimer Freund Herriots, den er seinerzeit nach Rußland begleitet, als dieser noch Oppositionsführer gegen Poincaré war. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß er im allgemeinen die Gedankengänge seines Chefs richtig widerspiegelt. Daß die Bildung der Rechtsregierung Luther Herriots Stellung gegenüber dem Nationalen Block außerordentlich erschwert und seine Haltung Deutschland gegenüber stark und für uns ungünstig beeinflusst hat, steht fest und wurde hier seit Monaten vorausgesagt. Interessant ist auch die Wiederholung des gegen Stresemann gerichteten Vorwurfs der veräuserten Ausnutzung von rechtzeitigen Kompromißmöglichkeiten in der Frage der Räumung Kölns.

Indessen muß der Auffassung Daladiers entschieden entgegengetreten werden, daß die deutsche Demokratie zur Politik Stresemanns geschwiegen habe oder noch schweige. Es will zwar den Franzosen nicht in den Kopf gehen, daß nach den letzten Reichstagswahlen, die einen Rückzug nach links ergeben hatten, eine Rechtsregierung gebildet wurde, aber dieser an sich paradoxe Vorgang ist eben daraus zu erklären, daß eine Linksregierung keine Mehrheit hatte. Von einer Passivität der deutschen Republikaner kann, insbesondere was die Sozialdemokratie betrifft, keine Rede sein. Das hat sich bisher gezeigt und wird sich auch weiter zeigen.

Baldwin muß es sich noch überlegen...

Ob die Räumungsfrist zu laufen begonnen haben!

London, 17. Februar. (W.B.) Im Unterhaus wies Baldwin auf eine Anfrage betreffend die Räumung der Kölner Zone auf seine gestrige Erklärung hin und fügte hinzu: „Die Räumung der Kölner Zone hängt allein von der vollen Erfüllung der Bestimmungen des Artikels 429 des Versailler Vertrages durch Deutschland ab.“ Die Räumung stehe mit der Sicherheitsfrage in keinem Zusammenhang.

Nach der Erklärung Baldwins fragte Lees-Smith (Lab.-Partei), ob die fünfjährige Befristung sofort nach Erfüllung der Abrüstungsbedingungen durch Deutschland als beendet betrachtet werden würde oder ob diese Frist noch nicht zu laufen begonnen hätte. Baldwin verlangte Zeit, um seine Antwort zu überlegen. (!)

Der Kontrollbericht in Paris.

Paris, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission in Deutschland, General Walsh, ist am Dienstagabend in Paris eingetroffen. Er brachte aus Berlin den endgültigen Bericht über den Stand der deutschen Entwaffnung und des Ergebnisses der Generalinspektion mit. Diefen Bericht hat er an das Militärkomitee in Versailles und an die französische Regierung weitergeleitet. Es wird als wenig wahrscheinlich bezeichnet, daß die Besatzungskonferenz sich mit diesem Bericht bereits in der für Sonnabend angelegten Sitzung beschäftigen wird, da das Gutachten des Militärkomitees von Versailles bis dahin wohl noch nicht fertiggestellt sein dürfte.

Goebbels' Besuch bei Herriot.

Paris, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Ratin“ glaubt zu wissen, daß der deutsche Botschafter die Gelegenheit bei dem gestrigen Besuch bei Herriot dazu benutzte, den deutschen Standpunkt zu einem Garantievertrag darzulegen. Von anderer Seite wird behauptet, daß die Unterredung vor allem den schwebenden Wirtschaftsverhandlungen und der Räumung Kölns gegolten habe.

Die Internationale des Waffengeschäfts.

Gleichzeitig mit einem Ausschuss des Völkerrundrats, der in Genf über internationale Beschränkung und Kontrolle der Herstellung von Kriegsmaterial und des Handels damit beriet, tagte in Paris ein Weltkongress der Waffenfabrikanten. Er forderte natürlich, daß jede internationale Kontrolle unterbleibe.

Frankreichs Hilfsgelei für seine Alliierten.

London, 18. Februar. (W.B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage, wieviel Geld Frankreich an europäische Nationen während der 5 bis 6 Jahre seit dem Waffenstillstand gegeben habe, und ob diese Anleihen bei der letzten Pariser Finanzkonferenz in Betracht gezogen worden seien, erwiderte Schakelanger Churchill, die von Frankreich seit 1919 anderen europäischen Ländern vorgestreckten Beträge seien 1923 vom französischen Parlament nicht vollständig bewilligt worden. Soweit er wisse, seien die Anleihen an Rumänien, 100 Millionen Frank, tatsächlich nicht erfolgt. Die letzte Pariser Konferenz habe sich mit der Verteilung der Dawes-Anleihen und nicht mit den interalliierten Schulden beschäftigt. Wenn die letztere Frage behandelt werde, würden alle diesbezüglichen Tatsachen in Ermägung gezogen werden.

Herriot und die Kardinal. Ebenso wie bereits im September v. J. haben sämtliche französischen Kardinal eine offene Brief an Herriot gerichtet, in dem sie gegen die Aufhebung der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan protestierten. Ebenso wie damals hat Herriot unbedingtes Geantwortet, daß es sich um eine politische Frage handle, für die die Kardinal nicht zuständig seien, daß aber irgendeine Verletzung der religiösen Gefühle der französischen Katholiken ihm fernliege.

Stolt streitet weiter...

Aber nur für seine eigene Unschuld.

Stolt muß in einer neuen „Erklärung“ in seinem Leitblatt zugeben, daß unsere Andeutungen über das Defizit, das er als Kassierer in der Hamburger Zahlstelle des Zimmererverbands hatte, durchaus richtig ist. Allerdings will er nicht die Strafe angeben, wo er das Geld verlegt hat, sondern behauptet, ihm wären Streifendmarken abhandelt gekommen, und den Geldbetrag habe er selbst gedeckt. Er verleugnet also auch noch seinen eigenen Dunkel, der ihm damals den Betrag vorschob. Seine Stirn ist hart!

Vielleicht erinnert er sich besser an die eigenartige Geschichte von den Diäten, die er im Jahre 1909 sich von der Hauptkasse des Zimmererverbands geben ließ? Vielleicht weiß er heute noch, ob das damals so genau stimmte, wie es jeder ehrliche Arbeitervertreter gern haben möchte?

Dem Ehren-Stolt entsteht ein trefflicher Anwalt: die „Kreuzzeitung“ nimmt für ihn gegen den „Vorwärts“ Partei! Ganz wie es sich gehört. Denn wenn Stolt mit seinen Kumpanen in Handlag die Geschäfte der Konservativen besorgt, dann muß die Hand der Partei Westarp auch die Hand des Stolt reinzuwaschen suchen, die so verdächtig ausschaut. Eine Liebe ist man einmal der anderen wert!

Am Grabe der Opfer.

Eine Rede Husemanns.

Dortmund, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Beisetzung der Opfer der Grubenkatastrophe hielt Reichstagsabg. Gen. Husemann, der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, für die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände eine Gedenkrede, in der er ausführt:

„Die Not und Schwere der Zeit hat überall in den Bergmannsfamilien Einkehr gehalten, und all die schwere, mühsame und gefährliche Arbeit hat es nicht vermocht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ein sorgenfreies Dasein führen zu können. Aber trotz aller Sorgen und Mühen, trotz der Schwere der Zeit, lebte doch in den Herzen all dieser Menschen ein Hoffnungsstrahl, weil jeder sich sagte, daß auch nach dieser schweren Zeit im Gefolge des grausigen Krieges eine bessere Zeit kommen und daß es dem vereinten Mühen und Streben gelingen müßte, dem Bergmannsstand die ihm zukommende Anerkennung zu verschaffen. Nun liegen zahlreiche brave Knappen ausgestreckt in ihrem kleinen Häuschen. Wer vermag die Qual, die viele von ihnen in ihren letzten Stunden erduldet haben, zu schildern, und wer vermag den Jammer zu erfassen, der durch den schnellen Tod der Ernährer in die Familien getragen wurde? Die 136 toten Knappen bilden eine Stimme, aber bereite Anklage. Sie fragen:

„Ist alles geschehen, um ein solches Unglück unmöglich zu machen und um die Gefahren des Bergbaues zu bannen?“

Ist alles geschehen, um die so gefährlichen Schlagwetter dem Grubenbau fernzuhalten, und wenn sie auftreten, schnell zu beseitigen? Ist alles geschehen, um den so gefährlichen Kohlenstaub sich nicht anhäufen zu lassen? Es muß alles geschehen, um in das Dunkel der Katastrophe hineinzuleuchten. Was die organisierten Bergarbeiter aller Verbände tun können, das wird geschehen, um Aufklärung zu bringen und um für die Zukunft Vorbeugungsmassnahmen zu treffen, damit nicht sobald wieder eine solch traurige Nachricht durch die Lande eilt. Die Toten aber klagen nicht nur an. Sie mahnen die Regierung, den Reichstag und den Landtag, die Bergbehörden und die Unternehmer an ihre Pflicht, damit mehr wie bisher auf die Wünsche und die berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter Rücksicht genommen wird. Sie mahnen, daß die Rechte der Bergarbeiter mehr gewahrt werden, weil dadurch nach Auffassung aller Bergleute am ersten solche Unglücksfälle verhütet werden können.

Die Toten mahnen aber auch ihre Kameraden, zusammenzukommen.

Denn das, was notwendig ist, um den Bergmannsstand auszubilden und die Sicherheit in den Gruben zu fördern und dem Bergmann in seinen Rechten zu helfen, das kann nur durch Einigkeit erreicht werden. Für uns Bergarbeiter kann ich die Versicherung abgeben, daß sich auch jetzt wieder erweisen wird, wie die Bergarbeiter eine große Familie darstellt. Wir fordern in diesen schweren Stunden nicht nur Mitleid, Hilfe und Beistand für die Angehörigen der jetzt verunglückten Bergarbeiter, sondern

Schutz dem lebenden Bergmann.

Lut alles, was in euren Kräften steht, um die Gefahren der Grube zu bannen, und ihn am Leben zu erhalten und solches Unglück zu verhindern. Was Wissenschaft und Technik zu leisten vermögen, muß angewandt werden, um dem Bergmann die Möglichkeit zu geben, seine schwere Berufsarbeit mit größerer Sicherheit ausüben zu können.

Wirtschaft

Für eine einheitliche Reichswasserstraßenverwaltung.

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns mitgeteilt: Die am 15. Februar tagende Generalversammlung der Mitgliedschaft Binnenfahrer und Wasserbaupersonal der westdeutschen Wasserstraßen sah eine Entschließung, die den Bundesvorstand auffordert, mit allen Mitteln für die beschleunigte Durchführung des Art. 97 der Reichsverfassung einzutreten. Die Uebernahme der Wasserstraßen und deren Verwaltung durch die mittleren und unteren Instanzen des Reichs ist im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft absolute Notwendigkeit. Der bisherige Zustand, daß die Wasserstraßen auf das Reich übergegangen sind, während die Verwaltung zum Beispiel in der mittleren und in der unteren Instanz durch die Länder erfolgt, ist für das Personal (Beamte, Angestellte, Arbeiter) untragbar. Aus diesem Grunde erhebt das Personal Protest gegen die Bestrebungen der Länder und der politischen Parteien, die sich gegen die klare Auslegung des Art. 97 der Verfassung wenden.

Stark zieht seine Klage zurück. Am Montag hätte vor dem Wiener Schwurgericht der von Stark, Pittner und Generaldirektor Schönhof gegen den Hauptkassierer des „Abend“ angestregte Ehrenbeleidigungsprozess stattfinden sollen. Der „Abend“ hatte gegen die Benannten schwere Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Wöllersdorfer Angelegenheit erhoben. Am Sonnabend hat der Vertreter von Stark und Genossen die Klage gegen den „Abend“ zurückgezogen. Die Metallum.-G. begründet die Zurücknahme der Klage damit, daß sie eine Verjüngung des Prozesses bis zum Abschluss der gegen Stark schwebenden amtlichen Untersuchung, die seit 10 Monaten schwebt, nicht habe erwirken können, daß aber die sofortige Durchführung des Prozesses die amtliche Untersuchung weiter hinausgezögert hätte. Die Zurücknahme der Klage erregt in Wien das größte Aufsehen, da der „Abend“ die Beteiligten mit den schwersten Schmähungen, wie „Rechtler“, „Panamsch“, „Dieb“ usw., bedacht hat, eine gerichtliche Klärung nun doch nicht erfolgt und die österreichische Regierung einen sogenannten „Ausgleich“ mit Stark abgeschlossen hat, der vielleicht bei dieser Wendung der Dinge unterblieben wäre.

Im Anschluß daran ist noch zu vermerken, daß in der Sitzung des österreichischen Budgetausschusses der sozialdemokratische Abg. Gen. Austerlitz sich darüber beschwerte, daß die seit einem halben Jahr schwebende strafgerichtliche Untersuchung in der Wöllersdorfer Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei; er protestierte gegen eine Vertagung dieser Angelegenheit und verlangte, daß eine strafgerichtliche Anklage erhoben werde. Vizkanzler Dr. Haber antwortete darauf, er könne eine Erklärung in dieser Angelegenheit zurzeit nicht abgeben, da die Untersuchung noch nicht beendet sei.

Zwei Urteile wegen Raubes.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Das erste Urteil betrifft drei junge Leute Carow, Müller und Schöndorf, die wegen eines Raubüberfalls zu 8 Jahren Zuchthaus, resp. zu 3 Jahren und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Es kann als Schulfall für die Sinnwidrigkeit unserer Strafrechtspflege gelten, die letzten Endes zu einer Strafe für die Witzmenschen führt. Zwei junge Diebe, Anfänger, lernen einander im Gefängnis kennen. Sie verabreden, nach der Freilassung gemeinsam ein „Ding zu drehen“. Der 19jährige Carow erhält Bewährungsfrist. Beschoß? Bot etwa seine Sinnverfassung, seine Gefühlseinstellung Gewähr dafür, daß er in Freiheit ein ordentliches Leben beginnen würde? Hat man sich etwa dessen vergewissert, ob er nach seiner Befreiung Untertunft und Arbeit finden würde? Bewährungsfrist ohne Schulhaft ist ein Begriff ohne Inhalt. Es war nur zu selbstverständlich, daß beide, noch vollkommene Neulinge im Verbrechen, sich ein Objekt unter ihrer Bekanntheit wählten: den Onkel des Carow. So konnten nur dumme Jungen den Ueberfall inszenieren. Und als sie erfuhren, daß man ihnen hinterher ist, graben sie nach Dummengemühen eine Höhle im Wald, als wären sie hier sicher gegen die Verfolgung. Das Schicksal ereilte sie, als sie, die Räuber, gestohlene Güter feilboten. Das Gericht hat sie aber nicht ins Jugendgefängnis geschickt, damit an ihnen dauernde Erziehungsoversehung gemacht werden, sondern in eine Umgebung hineingestellt, aus der sie als gelernte Verbrecher in die Freiheit gelangen werden.

Das zweite Urteil betrifft die zwei „Hörs“-Banditen, den Arbeiter Emil Bergmann und den Maurer Paul Görsch. Der erste hat 10 Jahre, der zweite 8 Jahre Zuchthaus erhalten; bei beiden ist auf Ehrverlust erkannt worden. Sie hatten mit Holz in Mitteldeutschland gekämpft und verübten eben 12jährige Zuchthausstrafen für den Bondenüberfall auf das Postamt in Stolp. — In den späten Abendstunden des Januar 1923 drangen vier maskierte Räuber in den Kassenraum des Gaswerks II in Charlottenburg ein, bedrohten den Beamten mit Revolvern, leerten den Kasseninhalt, der 23 Millionen betrug und waren auf und davon. Ein Jahr später, im Januar 1924 drangen, wieder in den Abendstunden, maskierte Räuber in die Büroräume der Margarinefabrik Cobu in Bichelsdorf bei Spandau ein. Diesmal waren es 15 schwerbewaffnete Männer. „Im Namen der Revolution“, riefen sie, „Hände hoch“, zerlegten die Telefonzentrale, entnahmen dem Geldschrank 10 000 Mark und verschwand davon spurlos. Die Kommandos wurden militärisch erteilt. Die Angeklagten bezeichneten sich als Mitglieder der geheimen Kampforganisation der kommunistischen Arbeiterpartei und wollen die gezeigten Geiseln sämtlich ihrer Organisation zugeweiht haben.

Auch dies Urteil verdient besonders unterfischen zu werden. Die Raubereien der Angeklagten sind typisch für die nachrevolutionäre Zeit. Rußland kannte sie nach der ersten Revolution von 1905 in Mengen. Die Teilnehmer dieser Raubüberfälle handelten im Bewußtsein, daß die ideellen Motive, von denen sie sich leiten ließen, ihre Taten nicht zu gemeinen Verbrechen im üblichen Sinne stempeln würden. Nicht selten schüben aber ganz gemeine Räuber ideale Motive nur vor, um so vor der Öffentlichkeit für ihre Handlungen eine Rechtfertigung zu finden. Das Kriessgericht verurteilte aber unter Umständen die „Expropriationen“, wie diese Raubereien genannt wurden, wenn sie aus politischen Motiven stattfanden, fast noch härter als die gewöhnlichen Raubüberfälle. Wie dem auch sei: sollten Bergmann und Görsch wirklich im Interesse der kommunistischen Arbeiterpartei gehandelt haben, so scheint die Begriffsverwirrung in den Kreisen der Anhänger dieser Partei sehr groß gewesen zu sein. Andererseits erscheint aber die Ubertreibung der Ehrenrechte nicht gerechtfertigt. Schließlich wäre auch mit geringeren Strafen der Schutz gegen diese beiden Menschen gewährleistet; hat man doch nichts mehr davon gehört, daß ihre Kameraden ihr verbrecherisches Unwesen fortsetzten.

Streikbeschluss der Milchfahrer.

Die bereits in unserer heutigen Morgenausgabe im Gewerkschaftsteil angebeutet, hat die Belegschaft der Milchlieferungs-gesellschaft in einer Versammlung um 7 Uhr früh den Streik beschlossen. Kommt es nicht unverzüglich zu neuen Verhandlungen bzw. zur Anerkennung des Schiedsspruches, dann setzt der Streik in vollem Umfang ein.

Die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses im Lohnstreik bei der Meierei Bolle waren bei Redaktionschluss noch nicht beendet, so daß noch unentschieden ist, ob es hier zu einer Verständigung kommt oder der Streik auf Bolle übergreift.

Wenn auch die großen Geschäftsstellen es darauf ankommen lassen können, die Milch, die den kleinen Verkaufsstellen infolge des Streiks nicht geliefert wird, auszugeben, so kann es doch die Desfentlichkeit nicht darauf ankommen lassen. Koch ist es Zeit, den Streikausbruch zu verhüten, d. h. auf die Milchlieferungs-gesellschaft im Sinne einer schleunigen Verständigung über die Beilegung der Differenzen hinzuwirken. Morgen könnte es schon zu spät sein.

Wegen die Radfahrverbote.

In einer stark besuchten Vertreterversammlung aller Fachverbände des Radfahrwesens wurden Protestmassnahmen gegen die vom 1. März ab in Aussicht genommenen Straßen-sperrungen beschlossen. Die einstimmig angenommene Entschliessung lautet: Die Radfahrerschaft der Reichshauptstadt ist nicht gemüht, die verfassungsmäßig nicht gerechtfertigten Ausnahmeverbote gegen den Radfahrverkehr geübt zu werden und sich mit Last- und Handwagen auf gleiche Stufe herabdrücken zu lassen. Die Gefährlichkeit des Straßenverkehrs wird nicht dadurch vermindert, daß die für alle übrigen Fuhrwerke ungefährliden und die Strahendämme am allergeringsten belastenden Zweiräder an der Hand geführt oder getragen werden. Kein Radfahrer fährt in den verkehrsreichen Straßen zu seinem Vergnügen, sondern weil bittere Verhältnisse ihn zwingen, das Fahrrad als Fortbewegungsmittel zu benutzen, umal die meisten öffentlichen Verkehrsmittel unzulänglich, zu teuer sind und ihre Benutzung oftmals mit Lebensgefahr verbunden ist. Wirkliche Mißstände mögen rücksichtslos bekämpft werden, aber die Radfahrerschaft verbietet sich entschieden, als Brügellnabe behandelt und in ihrer Bewegungsfreiheit völlig zu Unrecht behindert und belästigt oder beschränkt zu werden.

Morgen Stadtverordnetenversammlung. In der morgen um 5 Uhr stattfindenden Stadtverordnetenversammlung wird die Sitzung für die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin verabschiedet werden. Die Abstimmung ist auf 7 Uhr angelegt. Neben einer ganzen Reihe Vorlagen und Anträge werden dann noch die Anträge unsere Fraktion wegen der Bereitstellung von weiteren 5 Millionen Mark für Hypotheken und neuen Wohnungen für Rinderheimittelte und wegen der Aufhebung des Beamten-sperrgesetzes behandelt werden.

Uchtung, Naturfreunde Charlottenburg! In der Morgenausgabe vom Mittwoch erschien irtümlich eine Notiz unter „Touristenverein „Die Naturfreunde“, Abt. Charlottenburg“, in der zu einer Generalversammlung nach der Rofinenstraße für Donnerstag, den 19. d. M., eingeladen wurde. Diese Notiz hat mit dem Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, nichts zu tun, sondern ist von der Organisation unverantwortlichen Elementen ausgehen. Die Gründungsversammlung der Abteilung findet am Donnerstag, den 19. d. M., wie in der Einladung durch die Genossen Fregin und Schmidt festgelegt ist, statt.

Rebeller-Schachspieler in Wilmersdorf. Donnerstag (19.) ab 8 Uhr treffen sich alle am Schachspiel interessierte Jugendliche und Erwachsene, auch solche, die tollentlos lernen wollen, im Turnheim in der Württembergischen Straße zur Gründung der Abteilung. Ausschließend Propagandablatt gegen die Charlottenburger Schachgenossen. Uchtungsboden jedes Donnerstag heftig. Sonntag Familienabend im Heim. Gefehe willkommen!

Die Steuerermäßigungen in Berlin.

In einer der letzten Stadtdirektorenitzungen machte der Stadtmann... Die Steuerermäßigungen in Berlin.

Reben diesen Steuerermäßigungen sind auch die Werttarife herabgesetzt worden. Der Gaspreis wurde von 21 auf 16 Pf. erniedrigt...

Herr Hermann Tannenzapf, Tempelhofer Friedrich-Wilhelm-Strasse 31 III, bittet um mitszuteilen, daß er mit dem Angeber...

Die erste Nordseeferde der 'Budau'.

Das Hettner-Windkraftschiff 'Budau' hat die Ueberfahrt nach Schottland beendet. Es ist in Firth of Forth eingetroffen...

Lawinensturz am Splügenpaß.

Am 17. Februar (D. Z.) Am Splügenpaß wurde eine neue Lawine niedergedrungen. Zwei Begleiter, die darin Untersucht gesucht hatten...

'Los Angeles' soll nach England fahren. Nach einer Mitteilung des Admirals...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

28. Mitt. Donnerstag, 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, d. Buchh. Wilmersdorfer Str. 17.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Mitt. Charlottenburg. Am 14. d. B. verstarb unter Genosse Paul Noel, Holz-Strasse 10.

Gewerkschaftsbewegung

Jenseits des Existenzminimums.

Das Elend der Erwerbslosen.

In seiner 'Finanzpolitischen Korrespondenz' gibt Kuczynski eine vollständige Uebersicht über die Entwicklung der wöchentlichen Erwerbslosenunterstützung...

Der Vergleich zwischen der Erwerbslosenunterstützung und dem von Kuczynski errechneten Existenzminimum ergibt folgendes Bild:

Table with 4 columns: Month, Year, Support (1920-1924), and Existence Minimum (1920-1924).

Selbst wenn wir außer Betracht lassen, daß die Grundlage, auf der sich die Errechnung des Existenzminimums von Kuczynski aufbaut...

Die dankenswerte Aufstellung von Kuczynski müßte auch dem einseitigsten Arbeiter, der heute noch unorganisiert ist oder gar den 'Vaterländischen' nachläßt, deutlich zeigen...

Deutsche Schwellensneider gesucht!

Eine große Holzhandelsfirma Süddeutschlands sucht ca. 500 Schwellensneider. Geboten wird ein durchschnittlicher Mindestlohn...

Schiedspruch für die Autoschlösser.

Für die Schlösser in den Autoreparaturwerkstätten Berlins ist kürzlich ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Erhöhung der Löhne...

Cuetreibereien unter den Berliner Lederarbeitern.

Die Lederarbeiter Berlins hatten in ihrer am Montag dieser Woche in Schmidts Heßhöfen (Prinzessinnenallee) abgehaltenen Monatsversammlung...

Sozial Worte, sozial Schwindel! Über das ist so die bekannte Art der Kommunisten, die 'Einigung' zu fördern...

man fußt in dem Moment, wo sich die Lohnbewegung im heißesten Stadium befindet...

Wäre diese 'Aktion' schon in den Betrieben selbst unter den kommunistischen, der Verbandsleitung aus Verheerung und Verärgerung...

Metallarbeiterwahl in Offenbach a. M.

Bei der Wahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhielt die Liste der Amsterdamer 1363, die der Rostauer 161 Stimmen.

Die preussischen Innungsverbände im Jahre 1924.

Das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlicht eine umfangreiche Uebersicht über die Innungsverbände...

Schiedspruch für die Textilindustrie.

Köln, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund eines Schiedspruchs und anschließender Verhandlungen der Arbeitgeber...

Die polnischen Arbeiter in Nordfrankreich.

Paris, 17. Februar. (U.) Der französische Arbeitsminister Godard ist nach Warschau abgereist...

Die polnische Freundschaft wird zu viel.

Paris, 18. Februar. (U.) Arbeitsminister Godard hielt gestern eine Konferenz mit den Gewerkschaftsvertretern ab...

Judischer Gewerkschaftskongress.

(D. Z.) Ende März wird der Jüdische Gewerkschaftsbund in Paris, Bombay, seinen ordentlichen Kongress abhalten. Dieser soll u. a. den Zweck haben...

Riesenstreik in den Baumwollspinnereien Shanghai.

London, 17. Februar. (U.) Der 'Manchester Guardian' berichtet aus Shanghai: 29000 chinesische Arbeiter in den japanischen Baumwollspinnereien...

Beantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Wilfried Bialowski; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Gahr; Frauen: Louise Heine; Kultur: Sonja Glaser; Sport: Fritz Gahr; Nachrichten: Ed. Glaser; Berlin: Verlags-Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Berlin; Druck: Verlags-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Carl Ziegler & Co., Berlin.

Möbel Sonderangebot solange Vorrat reicht Schlafzimmer Paul Neugebauer c.m.b.u. Charlottenburg

Ernst Reinmann Juweller, Paradenstraße 33 die billigen Luxusjuwelen für Lieb- und Hochzeiten... Zähne 1 u. 2 G.M. auf Tellzahlung

Berliner Elektriker-Genossenschaft angehd. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N24, Eisäcker-Str. 86-88

Korbmöbel! Sonderangebot! An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen...

Abreißkalender 1925 Der in Tiefdruck hergestellte Kalender sollte in keiner Familie aus dem Hause fehlen! Preis 2 Mark

Der gute Kapitän-Kantabak in dem erhabenen Charakter unverwundlich

Käuter-Franzbranntwein Ueberall erhältlich Kopp & Joseph, Berlin W.

HOLZHAUSER von 500 Mk. an Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig